

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1972

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

Es sind zugewiesen dem

I. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist
2. des Landwirtschaftsrechts
3. des Rechts der freien Berufe einschl. der Fahrlehrer
4. des Gesundheitsverwaltungsrechts
5. des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts
6. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
7. des Ordnungsrechts einschl. des Vereins-, Versammlungsrechts und des Presserechts, mit Ausnahme
 - a) des Namensrechts (VII. Senat) und
 - b) der mit den Rechtsgebieten des IV. Senats zusammenhängenden Streitigkeiten

II. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes (bis 30. September 1972 ausschl. der Wiedergutmachung)
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps
3. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (mit Wirkung vom 1. Oktober 1972)

Nummer 1 bis 3 mit den Anfangsbuchstaben A—K

III. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschl. der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. Senat zuständig ist
2. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Einrichtungshilfe handelt
3. des Reparationsschädengesetzes (vom 12. Februar 1969 — Bundesgesetzbl. I S. 105 —), soweit nicht der V. Senat zuständig ist

IV. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts
2. des Straßen- und Wegerechts einschl. des Garagenrechts und des Gemeingebrauchs
3. des Kleingartenrechts
4. des Wasser- und Deichrechts einschl. des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts
5. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt

V. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts
2. der Kriegsopferfürsorge
3. der Ausbildungs- und Graduiertenförderung
4. des Schwerbeschädigtenrechts
5. des Mutterschutzrechts
6. des Jugendwohlfahrt- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (I. Senat)
7. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts
8. des Besetzungsschädenrechts
9. des Währungsausgleichsrechts und des Altspargergesetzes
10. des Lastenausgleichsrechts einschl. Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadenrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen, sowie Ausschließung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen
11. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Beihilfe zum Lebensunterhalt und um Eingliederungsdarlehen handelt
12. des Reparationsschädengesetzes, soweit sie Kriegsschadenrente und Aufbaudarlehen betreffen (sonst III. Senat)
13. des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes
14. des Sachleistungsrechts
15. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs

VI. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes (bis 30. September 1972 ausschl. der Wiedergutmachung)
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps
3. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (mit Wirkung vom 1. Oktober 1972)

Nummern 1 bis 3 jeweils mit den Anfangsbuchstaben L—Z

VII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar
 - a) des Rechts der Verkehrswirtschaft
 - b) des Rechts des Außenhandels
 - c) des Rechts des Interzonenhandels
 - d) des Rechts der Ernährungswirtschaft mit Ausnahme der Streitsachen aus dem Milch- und Fettgesetz (I. Senat)
 - e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. Senat)

2. des Straßenverkehrsrechts,
mit Ausnahme der Fahrlehrer (I. Senat)
3. des Postrechts
4. des Namensrechts
5. des Schul- und Hochschulrechts
6. des Personalvertretungsrechts
7. des Kommunalrechts
8. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang
mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat
zuständig ist
9. des Wiedergutmachungsrechts,
soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist
10. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen
für Beamte, aber einschl. der ersten und zweiten jur.
Staatsprüfung
ferner
11. die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden,
die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind

VIII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden
aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts
2. des Wiedergutmachungsrechts
für Angehörige des öffentlichen Dienstes
(bis einschl. 30. September 1972)
3. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge
und der politischen Häftlinge
4. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues,
des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreises
einschl. des Wohngeldes

Schlußbestimmungen

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangs-
buchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehre-
ren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle genann-
ten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des
Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

A. bei Klagen physischer Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten
die zum Namen gehörenden früheren deutschen und ent-
sprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im
Sinne der Geschäftsverteilung nicht als Teil des Fami-
liennamens;

B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, An- stalten und anderen juristischen Personen:

- a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw.
enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als
Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines
zusammengesetzten Wortes erscheint;
- b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der
Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma
usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige
Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter,
wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile
von Hauptwörtern enthalten;
- c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangs-
buchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu b) und c) bleiben jedoch folgende Worte
und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — so-
fern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten
Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft,
Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma,
Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerk-
schaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommandit-
gesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein,
Vereinigung, Zeche, Zentrale;

C. bei Klagen

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemein-
schuldners;
- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der
Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder
Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

- D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber
oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Klä-
ger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maß-
gebend.
2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben
richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alpha-
betischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klä-
gers, einzutragen.
3. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwal-
tungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige
Senat. Das gilt auch für bereits anhängige Sachen sowie für
Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Voll-
streckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Ge-
schäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zu-
grunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vor-
gesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der
Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur
Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil
eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem
Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die
Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsver-
teilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig
ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig
erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung
abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

1. Von allen zur Entscheidung eingehenden Sachen, ausgenom-
men Wiederaufnahmeverfahren, sind zugewiesen
dem I. Disziplinarsenat die Sachen mit ungerader,
dem II. Disziplinarsenat die Sachen mit gerader Nummer.

Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in eine nach dem Akten-
zeichen (D, DB, DW) unterteilte, jeweils in sich fortlaufend
numerierte „allgemeine Prozeßliste“ in der Reihenfolge des
Eingangs eingetragen. Von dieser Liste aus erfolgt die Zu-
teilung an die einzelnen Senate nach dem oben angegebe-
nen Verteilungsschlüssel. Gehen mehrere Sachen gleich-
zeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs
nicht feststellbar, erfolgt die Eintragung in alphabetischer
Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Be-
schwerdeführer oder Berufungsführer; bei gleichen Familien-
namen ist die alphabetische Reihenfolge der Vornamen,
bei gleichen Vornamen das höhere Lebensalter für die
Reihenfolge der Eintragung maßgebend. Bei Anträgen, Be-
rufungen oder Beschwerden des Bundesdisziplinaranwalts
oder einer obersten Dienstbehörde gilt die vorstehende
Regelung mit der Maßgabe, daß bei der Eintragung von
den Personalien des Betroffenen auszugehen ist. Gehen
Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszuge als personell
oder sachlich zusammenhängend behandelt worden sind,
werden sie dem Senat zugeteilt, der die erste dieser Sachen
erhält; hierbei ist der Name des von dem Verfahren noch
Betroffenen maßgebend, der in der Entscheidung des ersten
Rechtszuges zuerst genannt worden ist. Geht eine Sache ein,
die jemanden betrifft, gegen den bereits ein Verfahren,
gleich welcher Art, anhängig war oder anhängig ist, wird
sie dem Senat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten
hatte. Die Eintragung der zusammenhängenden Sachen in
die allgemeine Prozeßliste erfolgt in der Weise, daß sie die
jeweils nächsten freien Nummern des betreffenden Senats
erhalten. Die allgemeine Prozeßliste wird durch einen Be-
amten des gehobenen Dienstes geführt.

2. In Wiederaufnahmesachen entscheidet
der I. Disziplinarsenat, wenn der II. und III. Disziplinar-
senat,
der II. Disziplinarsenat, wenn der I. Disziplinarsenat
in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich
welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen
a) dem I. Wehrdienstsenat
aa) die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung
(WB-Sachen),
bb) die Vorlegesachen gemäß § 28 Abs. 6 und § 30
Wehrdisziplinarordnung (WDB-Vorlegesachen),

- cc) mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung (WD- und sonstige WDB-Sachen), deren laufende Nummern nach der „allgemeinen Prozeßliste“ durch zehn teilbar sind,
- b) dem II. Wehrdienstsenat mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren die übrigen Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung (WD- und sonstige WDB-Sachen).
2. In Wiederaufnahmeverfahren (WDW-Sachen) entscheidet der I. Wehrdienstsenat, wenn der II. Wehrdienstsenat, der II. Wehrdienstsenat, wenn der I. Wehrdienstsenat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen des Wehrdienstsenats aus der Zeit vor Errichtung des II. Wehrdienstsenats gelten als Entscheidungen des I. Wehrdienstsenats.
3. Für die nach § 82 Abs. 4 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der I. Wehrdienstsenat zuständig.
4. Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:
Alle eingehenden Sachen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs von dem geschäftsleitenden Beamten der Wehrdienstsenate in eine Tageseingangsliste eingetragen und mit einer fortlaufenden, jeden Tag mit beginnenden „Kennziffer“ versehen. Gehen Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, bestimmt sich bei diesen Sachen die „Kennziffer“ nach der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder Beschuldigten; bei gleichen Familiennamen nach der alphabetischen Reihenfolge der

Vornamen, bei gleichen Vornamen nach dem höheren Lebensalter. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundeswehrdisziplinaranwalts oder anderer Personen ist von den Personalien des Betroffenen auszugehen. Der geschäftsleitende Beamte hat die Sachen unabhängig von der Registratur sowie ohne Kenntnis des Registerstandes und des Inhalts der Eingänge zu numerieren.

In der Registratur werden die Sachen nach der Verfahrensart in der Reihenfolge der „Kennziffer“ mit fortlaufender Eingangsnummer in die „allgemeine Prozeßliste“ eingetragen. Von dieser „allgemeinen Prozeßliste“ aus werden die WD- und sonstigen WDB-Sachen nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel zugeteilt. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszug verbunden waren, werden sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält. Geht eine Sache ein, die jemanden betrifft, gegen den bereits ein Verfahren anhängig war oder anhängig ist, wird sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Dies gilt auch, wenn ein neues Verfahren mit einem noch anhängigen oder anhängig gewordenen Verfahren sachlich zusammenhängt. WB- und WDB-Vorlagesachen begründen keinen personellen oder sachlichen Zusammenhang.

Die „allgemeine Prozeßliste“ wird durch den Registraturbeamten der Geschäftsstelle — I. Wehrdienstsenat — geführt.

IV. Großer Senat (nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionsenate

I. Senat

Präsident	Dr. Zeidler
Bundesrichter	Dr. Heinrich zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt
Bundesrichter	Dr. Paul
Bundesrichter	Dr. Pakuscher
Bundesrichter	Dörffler
Bundesrichter	Dr. Sommer

II. Senat

Senatspräsidentin	Schmitt
Bundesrichter	Dr. Otto
Bundesrichter	Dr. de Chapeaurouge
Bundesrichter	Weber-Lortsch
Bundesrichter	Dr. Idel
Bundesrichter	Dr. Rosendahl

III. Senat

Senatspräsident	Dr. Sieveking
Bundesrichter	Vierhaus
Bundesrichter	Dr. Dodenhoff
Bundesrichter	Sigulla
Bundesrichter	Dr. Messerschmidt
Bundesrichterin	Dr. Eckstein

IV. Senat

Senatspräsident	Oppenheimer
Bundesrichter	Klein
Bundesrichter	Clauß zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt
Bundesrichter	Isendahl
Bundesrichter	Prof. Dr. Weyreuther
Bundesrichter	Dr. Korbmacher mit Wirkung vom 1. April 1972
Bundesrichter	Noack

V. Senat

Senatspräsident	Prof. Hering
Bundesrichter	Dr. Gützkow
Bundesrichter	Dr. Rösigen
Bundesrichter	Dr. Fink
Bundesrichter	Röhlitz
Bundesrichter	Dr. Schwarz

VI. Senat

Vizepräsident	Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter	Kellner
Bundesrichter	Dr. Waitz
Bundesrichter	Dr. Becker
Bundesrichter	Dr. Nehlert
Bundesrichter	Niedermaier

VII. Senat

Senatspräsident	Prof. Dr. Sendlar
Bundesrichter	Dr. Zinser
Bundesrichter	Dr. Zehner
Bundesrichter	Fischer
Bundesrichter	Dr. Heddaeus
Bundesrichter	Klamroth
Bundesrichter	Willberg

VIII. Senat

Senatspräsident	Dr. Baring
Bundesrichter	Dr. Dr. Schröcker
Bundesrichter	Maetzel
Bundesrichter	Dr. Raschke
Bundesrichter	Türke
Bundesrichter	Dr. Korbmacher bis einschl. 31. März 1972
Bundesrichterin	Dr. Hopf

II. Disziplinarsenate

1. Richter

- I. Disziplinarsenat
Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Dickertmann
1. Beisitzer: Bundesrichter Amelung
(auch zeitweiliges Mitglied
der Wehrdienstsenate)
2. Beisitzer: Bundesrichter Dr. Hardraht

- II. Disziplinarsenat
Vorsitzender: Senatspräsident Arndt
1. Beisitzer: Bundesrichter Dr. Röhrmann
2. Beisitzer: Bundesrichter Lange
(auch zeitweiliges Mitglied
der Wehrdienstsenate)

2. Beamtenbeisitzer

Die Beamtenbeisitzer der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 50, 55 BDO an Hand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen.

Für die ab 1. Mai 1957 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchsteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 397 —, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 — Bundesgesetzbl. I S. 725, 744 —) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und beim I. Disziplinarsenat geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die Beamtenbeisitzer nach Maßgabe der in Abs. 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

- I. Wehrdienstsenat Senatspräsident Scherübl
Bundesrichter Mühlenfeld
Bundesrichter Dr. Schweiger
Bundesrichter Saalman
II. Wehrdienstsenat Senatspräsident Dr. Scherer
Bundesrichter Dr. Leußer
Bundesrichter Dr. Glöckner
Bundesrichter Dr. Knackstedt

2. Militärische Beisitzer

Die militärischen Beisitzer der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 58 und 54 Wehrdisziplinarordnung berufen.

IV. Großer Senat

Mitglieder

- Präsident Dr. Zeidler
Senatspräsident Prof. Dr. Sandler
Bundesrichter Amelung
Bundesrichter Dr. Gützkow
Bundesrichter Dr. Heddaeus
Bundesrichter Dr. Korbmacher
Bundesrichter Dörffler

Vertreter

- Vertreter des Vorsitzenden
der jeweilige allgemeine
Vertreter des Präsidenten
Senatspräsident Arndt
Bundesrichter Dr. Becker
Bundesrichter Weber-Lortsch
Bundesrichter Mühlenfeld
Bundesrichter Türke
Bundesrichter Prof. Dr. Weyreuther

V. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

I. Mitglieder kraft Amtes:

1. der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Dr. Zeidler
2. die Präsidenten der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Bundesrichter	Bundesrichter	Bundesrichter
I. R	Dr. Heinrich	Dr. Paul	Dörffler
II. R	Weber-Lortsch	Dr. Idel	Dr. de Chapeaurouge
III. R	Vierhaus	Dr. Dodenhoff	Sigulla
IV. R	Clauß	Prof. Dr. Weyreuther	Isendahl
V. R	Dr. Gützkow	Dr. Rösgen	Dr. Fink
VI. R	Kellner	Dr. Waitz	Dr. Becker
VII. R	Dr. Zinser	Dr. Zehner	Fischer
VIII. R	Maetzel	Türke	Dr. Hopf
I. D	Amelung	Dr. Hardraht	
II. D	Lange	Dr. Röhrmann	
I. WD	Mühlenfeld	Dr. Schweiger	Saalman
II. WD	Dr. Leußer	Dr. Glöckner	Dr. Knackstedt
Großer Senat	Senatspräsident Prof. Dr. Sandler	Dörffler	Dr. Heddaeus

C. Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Die Vorsitzenden der Senate werden, soweit das Präsidium nichts anderes bestimmt hat, durch das jeweils anwesende dienstälteste, bei gleichem Dienstalter lebensälteste Mitglied des Senats vertreten.

III. Vertretung der Beisitzer

Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 10 Abs. 4 i. V. m. § 8 Abs. 2 VwGO zu tref-

fenden Anordnung. Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer:

1. bei den Revisionssenaten sich gegenseitig

die Beisitzer des I. und IV. Senats (ausgenommen:

BR Dr. Pakuscher als Präsidialreferent und BR Dr. Sommer, soweit er durch die Vertretung des Präsidialreferenten verhindert ist)

die Beisitzer des II. und VI. Senats

die Beisitzer des III. und V. Senats

die Beisitzer des VII. und VIII. Senats

2. bei den Disziplinarsenaten
die Beisitzer des I. und II. Disziplinarsenats sich gegenseitig
3. die Beisitzer des I. und II. Wehrdienstsenats sich gegenseitig
Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat beginnt am 1. Januar 1972 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienstalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 58 Abs. 3 Satz 5 Wehrdisziplinarordnung) sind die Bundesrichter Amelung und Lange zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der

Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Weiter erforderliche Vertretungen regelt der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.
5. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans benannt. Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienstalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.